



Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

**Verhandeln statt Schießen
Abrüsten statt Aufrüsten**

Bündnisrede - Part 1 (Matthias)

Krieg beginnt hier – im schönen München! An diesem Wochenende treffen sich vor allem Militärs, Kriegsstrategen, Waffenhändler und deren politische Lobby. Das heißt: Im Bayerischen Hof trifft sich eine Gruppe, die von Unsicherheit, Spannung und Eskalation profitiert, und versteckt sich hinter dem Label der Sicherheit und der Diplomatie. Ewald-Heinrich von Kleist, der Gründer der Münchner Sicherheitskonferenz, hatte nie das Ziel die Welt sicherer zu machen. Sein Ziel war gemeinsam mit der Gesellschaft für Wehrkunde die Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg. Die Münchner Sicherheitskonferenz stand schon immer im Zeichen der Militarisierung und Aufrüstung. Diese Tagung ist keine Sicherheitskonferenz. Diese Tagung ist ein Etikettenschwindel, ein Sicherheitsrisiko, eine Kriegslobby. Und deshalb sind wir hier. Wir sagen der Kriegslobby den Kampf an.

Die Militärausgaben der NATO sind bereits auf 1,2 Billionen US-Dollar geklettert. Atombomber, Kampfdrohnen und andere kostspielige Rüstungsprojekte sollen den Frieden bringen. Die Bundesregierung lässt sich von der Rüstungslobby beraten – durch Lobby-Vereine oder Lobbytreffen wie die Münchner Sicherheitskonferenz. Und die Rüstungsindustrie kennt nur eine Antwort: Aufrüsten. Lobbys sprechen von Klimaschutz und verhindern ein Tempolimit. Lobbys sprechen von Werten und meinen Aktienkurse. Lobbys sprechen von Demokratie und unterwandern sie. Und Lobbys sprechen vom Frieden für den Frieden und heizen Kriege mit Waffen weiter an.

Aber nicht mit uns! Unsere Antwort ist und bleibt: Abrüsten! Unsere Losung ist: Verhandeln statt Schießen! Wer Frieden will, liefert keine Waffen!

Das Geschäft mit dem Tod ist lukrativer als Investitionen in ein gutes Leben für uns alle. Nach 3 Jahren Pandemie gibt es keine Verbesserung in der Pflege. Doch nach 3 Tagen Krieg gibt es 100 Milliarden Sondervermögen. Und Pistorius will noch mehr. Dieses Geld fehlt an allen Stellen. Wir haben steigende Obdachlosigkeit, steigende Altersarmut, steigende Kinderarmut und enorme Finanzierungslücken bei der Bekämpfung des Klimawandels. Das Geld fließt in die falsche Richtung, denn arme Menschen haben keine Lobby. Die Kriegslobbyisten dagegen werden wie Könige hofiert. Deshalb muss für echte Sicherheit diese Lobby verschwinden, bevor uns die Gier dieser Konzerne und ihrer Teilhaber eines Tages ausrottet. Die Bundesregierung muss die Rüstungskonzerne an die Kette legen und die Betriebe konvertieren. Töten darf kein Geschäft sein!

Angesichts der drohenden unumkehrbaren Klimakatastrophe, die weder durch einen neuen kalten Krieg noch durch einen atomaren Winter abgewendet werden kann, steht die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine auf der globalen Agenda der Vereinten Nationen vermutlich ziemlich weit unten. Getroffen von der Corona-Pandemie, der Zusammenbruch von Lieferketten und die Schließung von Märkten, wurden 130 Millionen Menschen zusätzlich in bitterster Armut und Hunger getrieben. Der Krieg in der Uk-

raine verschärfte die Situation weiter. Der weltweite Hunger erreichte im August Höchststände von knapp 900 Millionen akut Hunger leidenden. Doch nicht die Ukraine, sondern Russland ist Weltmarktführer bei Getreide und Düngemittel – und wichtigster Weizen- und Düngemittel-Lieferant Afrikas. Ein Zitat von Macki Sall, dem Vorsitzenden der Afrikanischen Union: „Wir wollen zahlen, aber das ist nicht mehr möglich.“ Das sind die globalen Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland. Die Sanktionen treffen alle – nur nicht Russland.

Für uns, die friedliebenden Menschen, hier und überall auf der Welt, bedeutet Sicherheit: ein Leben außerhalb der Armut, erschwingliche Lebensmittel, stabile Sozialsysteme, Bildung, Geschlechtergleichheit, der Schutz des Klimas, der Biodiversität, der Böden, der Luft und des Wassers und, ganz wichtig, ein Leben im Frieden. Das sind Ziele, zu denen sich Deutschland 2015 bei den Vereinten Nationen verpflichtet hat. Das wäre echte Sicherheit. Eine Sicherheit, für die man keine Waffen braucht.

Als Friedensbewegung verurteilen wir alle Kriege – egal welches Land ihn führt. Das gilt auch für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Das gilt auch für 22 weitere bewaffnete Konflikte aktuell auf der Welt, von denen die meisten noch nie gehört haben, aber uns heute belehren wollen. Krieg ist immer ein Versagen der Politik, die fehlende Bereitschaft sich ohne Blutvergießen zu einigen. Doch Gewalt darf niemals Mittel der Politik sein. Deshalb fordern wir alle Beteiligten dazu auf: lassen Sie die Waffen ruhen und setzen Sie sich an den Verhandlungstisch. Nicht morgen, nicht übermorgen, sondern sofort!

Die Bundesregierung bevorzugt eine militärische Lösung und die zehn Grundsätze der Kriegspropa-

ganda beschwören die heilige Mission: die Freiheit Europas wird in der Ukraine verteidigt, der Sieg gegen Russland ist nah – der größten Atommacht der Welt. Kriegspropaganda ist etwas Widerliches. Sie dient nur dazu, Menschen in den Tod zu schicken. Jeder Politiker, der zum Kämpfen auffordert, ist kein Freund des friedliebenden ukrainischen Volkes. Kämpfen bedeutet: Töten und Sterben. Und deshalb sind wir solidarisch mit allen Friedenskräften, allen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren in der Ukraine, in Russland und überall auf der Welt. Wir lehnen Krieg kategorisch ab!

Dieser Krieg droht immer weiter zu eskalieren und kann in einer Katastrophe enden. Ein völlig zerstörtes Land und hunderttausende Tote kann kein Sieg sein. Es ist ein Verlust, von dem sich die Ukraine lange nicht erholen wird. Die Lehre aus vergangenen Kriegen ist: für uns, die einfachen Menschen, gibt es nichts zu gewinnen. Wir bezahlen Kriege mit unseren Steuern und unserem Leben. Am Ende sind wir arm und vielleicht sogar tot. Wir, die friedliebenden Menschen, in Deutschland, der Ukraine, im Jemen, in Syrien und überall auf der Welt, haben eure verdammt Kriege satt.

Viele Jahre warnte das Aktionsbündnis dieser Demonstration in ihren Aufrufen, Presseerklärungen und Reden vor dem, ich zitiere, brandgefährlichen Konfrontationskurs in Osteuropa. Wir warnten vor der Aufrüstung der Ukraine, der Ausdehnung der NATO, der Aufkündigung von Abrüstungsabkommen, dem Wettrüsten und den feindseligen Militärübungen an der russischen Grenze. Und dennoch waren viele überrascht und schockiert über die vorhersehbare Eskalation. Wir warnten schon 2019 eindringlich vor einer militärischen Eskalation. Nennt uns Trolle, Verräter oder fünfte Kolonne, aber unsere Warnungen werden nicht verstummen.



Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz

**Verhandeln statt Schießen
Abrüsten statt Aufrüsten**

Bündnisrede - Part 2 (Ronja)

„Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland“, das sagte die deutsche Außenministerin drei Wochen vor der NATO-Kriegskonferenz im Bayerischen Hof. Sie spricht damit offen aus, worauf sich die NATO-Staaten mit ihrem Konfrontationskurs schon lange vorbereiten.

Dieser „Krieg gegen Russland“ ist brandgefährlich. Diese Aussage der grünen Ministerin Baerbock zeigt, dass die Bundesregierung aktiv gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes verstößt. Ginge es nach dem Willen der Mehrheit in diesem Land, würde sich die Bundesregierung für eine Verhandlungslösung einsetzen. Wenn selbst der reaktionäre bayerische Ministerpräsident Söder von der CSU entsetzt sagt „Wir empfinden es als unverantwortlich, wenn Teile der Bundesregierung – insbesondere das Außenministerium – uns quasi in einen Krieg hineinreden“, dann wird es Zeit, dass wir den Druck erhöhen: Wir fordern die Bundesregierung auf, die Außenministerin Baerbock zu entlassen und sich den Initiativen Brasiliens und anderer Länder für eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch anzuschließen. Auch die Schweiz weigert sich Munition zu liefern, um eben keine Kriegspartei zu werden.

Deutschland ist jetzt schon auf Platz 2, direkt hinter USA, bei den Ländern mit den höchsten Militärausgaben, und das schon vor dem 100-Milliarden Aufrüstungsprogramm. Laut dem Verteidigungsminister Pistorius reichen 100 Milliarden für die Bundeswehr und 2-Prozent-Ziel der NATO nicht. Während Geld für die deutsche Waffenindustrie in Höhe von hundert Milliarden da ist, gibt es immer noch keinen echten Energiepreisdeckel.

Warum also diese Aufrüstung? Wofür braucht Deutschland Kampffjets, Drohnen und vieles mehr? SPD-Chef Lars Klingbeil liefert uns eine andere Antwort, er ruft dazu auf: „Militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen“ und erklärt Deutschland müsse nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung wieder seinem Anspruch als Führungsmacht gerecht werden.

Mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 wurde das Völkerrecht durch die NATO beerdigt, wo an der Seite der USA zum ersten Mal wieder deutsche Soldaten Bomben auf bewohnte Städte warfen. Spätestens seitdem ist es vorbei mit deutscher Zurückhaltung.

Heute geht es mit der Europäischen Union als Herrschaftsinstrument Deutschlands und im Windschatten der USA wieder um die Führungsmacht in der Welt, nach zwei Anläufen, die beide im Weltkrieg endeten, versucht es Deutschland also wieder: mit Waffenlieferungen, Hochrüstung, Auslandseinsätzen und Sanktionen, die immer zu Lasten der Zivilbevölkerung gehen. Nicht nur die Bundeswehr wird massiv ausgebaut, sondern auch die deutsche Waffenindustrie soll gestärkt werden. Deutschland als ökonomische und politische Weltmacht, soll jetzt auch militärisch entscheiden können, was in der Welt passiert.

Die Folgen für die Bevölkerung auf der ganzen Welt davon sieht man schon jetzt anhand der Festung Europa: Millionen Menschen werden aus ihrem Land vertrieben und fliehen in Gebiete, wo sie hoffen, dass es ihnen besser gehen wird. Sogar das wird ihnen verwehrt und Tausende sterben direkt vor der Haustür Europas im Mittelmeer.

Und dagegen sind wir heute auf der Straße, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, deshalb fordern wir: Schluss mit Waffenlieferungen und Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Deutschland raus aus der NATO!

Aber es steht noch mehr auf dem Spiel, die Gefahr ist nicht nur Krieg in Europa, sondern ein atomarer Weltkrieg. Vor einem Jahr erklärte Selenskyj auf der Münchner Kriegskonferenz, dass seinem Verständnis nach der Ukraine nicht mehr an das Budapester Memorandum gebunden sei, welches der Ukraine den Besitz von Nuklearwaffen verbietet. Heute ist die Debatte um Atomwaffen für die Ukraine eine öffentlich und medial geführte.

Gleichzeitig begrüßt die Europäische Union eine Aufnahme und beim NATO-Gipfel diese Woche wurde die NATO-Mitgliedschaft nach einem Ende des Krieges in Aussicht gestellt. Denn dieser Krieg hat nicht erst mit dem Einmarsch Russlands begonnen, sondern seit 2014 hat man versucht, die Ukraine sich dem westlichen Einfluss zu unterwerfen. Das zeigt auch die Aussage von NATO-Generalsekretär Stoltenberg: „2014 hat dieser Krieg begonnen, nicht vor einem Jahr am 24. Februar. Seit damals, seit 2014, seitdem unterstützen wir die Ukraine und ihr Militär mit Ausbildung, Unterweisung und Training.“

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, wir wissen, was es heißt, sollte die Ukraine Atomwaffen bekommen oder der NATO oder EU beitreten oder die NATO in den Krieg mit einsteigen, Krieg zwischen Atommächten und im schlimmsten Fall nuklearer Weltkrieg und damit Vernichtung eines Großteils der Menschheit und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Wir wissen Hochrüstung und Krieg wird keinen Frieden schaffen und Atomwaffen erst recht nicht!

Deshalb fordern wir: Atomwaffen raus aus Deutschland! Schluss mit der deutschen Beteiligung an der Atomkriegsstrategie der USA! Und den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag! Der Beitritt der Ukraine in die NATO muss ausge-

schlossen werden! Statt Milliarden für Hochrüstung, die unsere natürliche Lebensgrundlage zerstört brauchen wir Geld für Klimaschutz, die UN-Flüchtlings- und Welthungerhilfe, Sozialsysteme, das öffentliche Verkehrs- und Gesundheitswesen, Bildung und Kultur!

Trotz des Krieges in der Ukraine, mit unzähligen Toten und Verletzten, gibt es für die NATO allen voran die USA, keinen Grund aufzuhören mit der Eskalation. Sie können auch gar nicht anders, denn sie kämpfen um ihre Vormachtstellung in der Welt. Der neue Feind des Westens heißt China.

Der Bundesverband der deutschen Industrie hat bereits den systemischen Wettkampf gegen China ausgerufen, vor allem geht es aber um den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes. Und nun wenige Tage vor der Siko bezeichnet das sogenannte Verteidigungsministerium China neben Russland als eine Gefahr für die internationale Ordnung. Er verschweigt, dass es die US-geführte NATO war, die mit Ignoranz und Terror gegen die internationale Ordnung des Völkerrechts vorgegangen ist und dieses mit Sanktionen tagtäglich bricht. Stattdessen wird in Bündnistreue gefeiert, dass mit einem Drittel der US-Kongressabgeordneten die größte US-Delegation aller Zeiten auf der SiKo anwesend ist. Diese Gefahr eines Krieges gegen China ist mittlerweile real, das zeigen die Aussagen von US-Generälen: Sie fordern ihre Kommandeure auf sich kampfbereit zu halten und reden davon, dass es bis 2025 einen Krieg mit China geben wird. Bis 2025 sind es keine zwei Jahre mehr, um sich das mal vor Augen zu führen.

Die Volksrepublik droht die USA als wirtschaftlich stärkste Macht zu überholen und damit ordentlich an der bestehenden Weltordnung mit den NATO-Staaten, allen voran den USA, an der Spitze zu rütteln. Das passt weder ins Konzept der USA, in dem nur sie an der Spitze stehen und sämtliche Länder der Welt, nach Belieben, ausbeuten, in Abhängigkeiten bringen oder zerbomben können, genauso wenig wie in ein deutsches Konzept wieder zur militärischen Führungsmacht zu werden, in dem

man eng abgesprochen mit den USA und NATO und EU im Rücken wieder Hochrüsten kann.

Und deshalb wird provoziert, konfrontiert und militärisch eingekreist. Der Krieg in der Ukraine gegen Russland dient zur Vorbereitung im Krieg gegen China. Dies sieht man an den jährlich stattfindenden Defender Manövern der NATO an der russischen Grenze fanden – Heute provozieren die USA mit Unterstützung der NATO im südchinesischen Meer.

Gerade wird angeblich unsere Freiheit, Demokratie und Ordnung, im Krieg in der Ukraine verteidigt – Und bereits heute erzählen sie uns, dass unsere Freiheit, Demokratie und Ordnung in Zukunft in Taiwan verteidigt werden muss.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, wie wir es über Jahre richtig und konsequent bei den Konfrontationen gegen Russland getan haben: sagen wir auch hier: Wir wollen keinen Weltkrieg! Schluss mit dem Vormachtanspruch der NATO-Staaten und der ökonomisch und politisch erzwungen Ausbeutung des globalen Südens! Schluss mit dem brandgefährlichen Konfrontationskurs! Stattdessen Verhandlungen über ein System der kollektiven Sicherheit, das die Interessen aller berücksichtigt!

Das letzte Jahr war schwierig für die Friedensbewegung, viele waren nach dem russischen Einmarsch in Schock, viele hatten und haben berechtigte Ängste vor Krieg, wir alle die aktiv in der Friedensbewegung sind haben auch ganz unterschiedliche Einschätzungen der aktuellen Situation, aber das alles darf uns nicht daran hindern gemeinsam möglichst breite und inhaltlich klare Proteste gegen Krieg zu organisieren.

Und wir können das! Wir können in den DGB-Gewerkschaften für die Umsetzung der eigenen Satzung kämpfen in der steht: „Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.“

Wir können auf Bewegungen zu gehen, die sich gegen die Verarmung der Bevölkerung durch steigende Preise kämpfen und dort klar machen, dass Sanktionen auch eine Form des Krieges ist, nämlich Wirtschaftskrieg, die hier dafür sorgen, dass Preise explodieren und so die Verknüpfung zwischen diesen Bewegungen herstellen. Das aktuelle Beispiel für die Folgen von Sanktionen zeigt das Erdbeben in Syrien, in dem Hilfsorganisationen und Spenden wegen der Sanktionen nicht ankommen können.

Und gleichzeitig, während wir diese Breite herstellen, die es braucht, denn wenn wir es nicht machen, wird keiner breite Proteste gegen Krieg auf die Straß stellen, aber während wir das tun müssen wir klar bleiben!

Klar bleiben heißt, dass wir als deutsche Friedensbewegung, gegen die Kriegstreiber hier in Deutschland kämpfen: gegen Baerbock, Lindner und Scholz, gegen Siemens, Daimler und die Deutsche Bank, gegen Rheinmetall und Thyssenkrupp und all die weiteren, die grade im bayerischen Hof sitzen, all die weiteren, die in Deutschland nach Krieg schreien und davon auch noch profitieren!

Klar bleiben heißt sich nicht einschüchtern lassen davon, wenn jetzt allen, die gegen Krieg, Hochrüstung, Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg sind, der Vorwurf gemacht wird, mit rechten zu demonstrieren oder auf der Seite Putins zu stehen, sondern auf unsere Einschätzungen und Analysen zu vertrauen und immer wieder daran zu erinnern, dass die NATO, die größten Militärausgaben der Welt hat, die meisten Kriege in der Welt führt und wir uns genau deshalb vor allem gegen die NATO zu stellen haben!

Klar bleiben heißt immer wieder zu sagen „Hört zu!“: Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen. Was wir brauchen, ist ein System abseits von kapitalistischer Konkurrenz. Was wir brauchen ist ein System des Friedens und der Solidarität!